

FAMILIE Zwischenruf einer Mutter

Mein Kind gehört zu mir!

Nachwuchs zu erziehen muss aufgewertet werden, sagt die Autorin. Es sollte Wahlfreiheit zwischen Ganztagsbetreuung und Elterngeld geben.

PATRICIA HAUN

In Deutschland fehlen Kinder – endlich wachen Politiker und Gesellschaft auf, weil die Fakten eine klare Sprache sprechen. Doch es ist für mich als Mutter schwer nachvollziehbar, wenn argumentiert wird, dass diesem Mangel fehlende Kinderbetreuungsplätze zugrunde liegen. Diese These wird seit Wochen und Monaten quer durch alle Medien in die Köpfe gehämmert. Immer lauter tönt der Ruf nach Kinderkrippen. Das kann nicht der richtige und schon gar nicht der einzige Weg sein.

Nun wird über ein „Elterngeld“ diskutiert: Der Staat zahlt zwei Drittel des Nettogehalts weiter, wenn ein Elternteil beim Kind zu Hause bleibt – eine bedenkenswerte Variante zur Eindämmung der drohenden demografischen Katastrophe. Ein Dank an die Politiker, dass dieses Thema endlich tiefer durchdacht wird, um eine Lösung zu finden, die möglichst allen Beteiligten gerecht wird.

Zu DDR-Zeiten haben die Westdeutschen die Menschen im Osten bemitleidet, dass sie ihre Kinder quasi von Geburt an in die Hände des Staates gaben und fast keine Familienbindung möglich war. Auch die Kindererziehung durch den Staat in der Nazizeit wurde später als elementarer Fehler erkannt. Erkennt niemand, dass die Propaganda auch heute in eine Sackgasse führt?

Es ist einfach, in Kinderhorte, Ganztagschulen und Ähnliches zu investieren, Arbeitsplätze im Bereich der Kinderbetreuung zu schaffen. All das wirkt sich positiv auf die Arbeitslosenstatistik aus. Anhand von Zahlen und Fotos ist dann leicht nachweisbar, was die Regierung bewerkstelligt hat. Würde das Geld anstatt in tote Gebäude in die Hände von lebendigen Familien fließen, ließe sich erst langfristig messen, welche Früchte diese Investitionen bringen. Es bräuchte Mut und Geduld, bis die Saat aufgeht. Kinderkrippen dienen dem Interesse der Politik und Wirtschaft, nicht der Familie und der Zukunft.

„Wir brauchen unsere hoch qualifizierten deutschen Frauen, um die Wirtschaft wieder flottzumachen“, hört man den Bundeskanzler schmeicheln. Herr Schröder appelliert an den Stolz und das Selbstbewusstsein der Frauen. Diese Taktik wird spätestens dann entlarvt, wenn man die Jobs anschaut, die die meisten berufstätigen Mütter verrichten. Wie schön muss es sein, von morgens bis abends Artikel über eine Scannerkasse zu ziehen, und wie schrecklich ist es dagegen, zu Hause die ersten Schritte und Worte des eigenen Kindes selbst zu erleben und seine Entwicklung zu verfolgen!

Ich wehre mich dagegen, als Gebärmaschine für politische Ziele zu fungieren. Erwartet man wirklich von mir, auf die Schnelle drei, vier Kinder für die zukünftigen Renten und die Pflegeversicherung zu produzieren, um dann möglichst gleich wieder in den Beruf einzusteigen und die deutsche Wirtschaft anzukurbeln? Meine Kinder werden indessen von fremdem Personal betreut, das durch den „familienfreundlichen Staat“ finanziert wird. Wer fragt eigentlich unsere Kleinsten, ob sie lieber in einer natürlichen Familie zusammen mit Geschwistern aufwachsen oder eine Zwangskollektivierung unter Gleichaltrigen bevorzugen?

Die oben genannte These des Bundeskanzlers hört sich wirklich nett an, aber ist sie auch schlüssig? Die Arbeitslosenzahlen sprechen dagegen. Wie viele hoch qualifizierten Frauen lassen sich auf das Wagnis Familie und Beruf ein? Vielleicht ein, höchstens zwei Kinder als Kompromiss. „Aber der Schwerpunkt muss dann doch auf der Karriere liegen, sonst wird's wohl nix mit dem Aufstieg...“, höre ich aus der Chefetage.

Wir Frauen sind zwar von Natur aus in der Lage, mehrere Dinge parallel zu organisieren. Aber auf allen Ebenen das Beste zu geben wird nur kurze Zeit funktionieren und mit einem Kollaps enden. Welche Frau möchte denn eine halbherzige Mutter sein oder auf der Karriereleiter in halber Höhe stehen bleiben?

Stolz auf Babybauch

Dieses geplante Programm greift viel zu kurz. Ist es nicht sinnvoller, weiter in die Zukunft zu investieren? Dies ist leicht zu schaffen, allerdings wahrscheinlich nicht bis zur nächsten Wahl in Zahlen messbar. Es gilt, die Frauen zu bestärken, sich auf die Familienarbeit zu konzentrieren. Das Muttersein sollte zelebriert werden, so wie es derzeit auch in der High Society modern ist, die Schwangerschaft zu zelebrieren. Gott sei Dank schämen sich die Frauen nicht mehr, in Umstandskleidung zu gehen, sondern zeigen stolz ihren Babybauch. Das wirkt ansteckend. Lasst uns auch stolz sein, Kinderwagen zu schieben, den Kindergartenalltag mitzugestalten und Hausaufgabenhilfe zu geben.

Zugegeben, mir fällt es auch schwer, mit Stolz den Putzlappen zu schwingen, aber eine bezahlte Hausarbeitshilfe hat uns bisher noch keiner angeboten als Alternative zum Abschieben der Kinder. Das müssen wir Frauen wohl leider in Zukunft weiterhin so nebenher erledigen. Aber wie hat schon Johanna von Koczian gesungen: „Das bisschen Haushalt macht sich von allein, sagt mein Mann.“

Da fällt mir prompt das Stichwort „Emanzipation“ ein. Emanzipation heißt nicht Gleichmacherei. Wir können nicht gleichmachen, was von Natur aus nicht gleich ist. Bis heute ist es den Männern nicht möglich, Schwangerschaft und Geburt am eigenen Leib zu erleben. Welch eine Benachteiligung der Männer! Lassen wir uns doch nicht länger einreden, dass Frausein und Muttersein eine Benachteiligung sei. Vielmehr ist es ein Privileg, das wir auch als solches erkennen sollten.

Wie schade, dass die Frauen mit Simone de Beauvoir begonnen haben, Männer sein zu wollen. Inzwischen wurde zur Genüge bewiesen, dass Frauen durchaus nicht dümmer sind als Männer und sehr wohl in der Lage, auch ihre Frau im Beruf zu stehen. Den Frauen, die das möchten, soll dieser Weg auch weiterhin offen stehen. Aber warum muss eine Frau sich schämen, wenn sie den anderen Weg der Investition in die Zukunft, eben in die Kinder, wählt?

Emanzipation muss heißen: gleiche Anerkennung für alle, gleiche Anerkennung für Mann und Frau. Aber auch gleiche Anerkennung für Mütter, Hausfrauen und berufstätige Frauen. So sollte ein Stand für den anderen eintreten. Es ist in unserer heutigen Gesellschaft möglich, beides zu wählen, aber wir wollen nicht gezwungen werden, uns für den Job zu entscheiden.

Frauen sollten sich nicht ausbeuten lassen, sondern für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Sie sollten von Politikern und Gesellschaft die Anerkennung der Mutter als Beruf und eine angemessene Bezahlung dieses anspruchsvollen Berufs fordern. Im Übrigen würde es die Arbeitslosenstatistik erheblich verbessern, würde man die als arbeitslos gemeldeten Hausfrauen und Mütter aus dieser Statistik herausnehmen. Also vielleicht doch ein messbarer Erfolg?

Vor einigen Jahren schon berichtete mir die Frauenbeauftragte der Stadt Offenbach ihre Beobachtung, dass Frauen, die zwischendurch in einer Familienpause ihre Familie gemanagt haben, später im Beruf deutlich belastbarer, flexibler, engagierter und vielfältiger einsetzbar seien. Wäre so eine Schulung und Qualifizierung durch die Familie denn überhaupt bezahlbar? Wer kann diese Leistung umrechnen in Fortbildungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt? Wer stellt die Zertifikate für die Mütter aus?

Warum nicht das Berufsbild „Familienmanagerin“ kreieren und auch bezahlen? Dass diese Arbeit sehr wertvoll ist, hört man alle Jahre wieder zum Muttertag. Machen Sie Ernst, sehr verehrte Damen und Herren Politiker! Oder ist das Lob an die Mütter nur Schmeichelei? Es muss doch möglich sein,

eine längere Familienphase einzulegen. Schließlich werden die Menschen und besonders die Frauen statistisch gesehen viel älter als noch vor 50 Jahren. Bleibt also noch genügend Zeit für Karriere und was frau sich sonst noch alles wünscht.

Alles hat seine Zeit. Darum nehmt euch ausreichend Zeit für eure Familie, ihr Frauen, ihr habt es wirklich verdient! Hört man doch die Großmütter immer sagen: „Die Zeit, als die Kinder klein waren, war doch die schönste!“

Doppelt bestraft

Der Plan der Regierung, die Kinder fremdbetreuen zu lassen, mag ein wohlgemeinter Schritt in Richtung Frauenförderung sein, aber in Wahrheit ist er das nicht. Denn die einseitige finanzielle Förderung der Betreuungseinrichtung lässt der Mutter keine Wahl. Wenn sie sich entscheidet, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, wird sie nämlich leer ausgehen. Somit ist sie doppelt bestraft. Sie verzichtet auf ihren Verdienst, den sie als Berufstätige erhalten würde, und wird seitens des Staates auch nicht gefördert. Damit wird die Rolle der zu Hause sorgenden Mutter weiter abgewertet und das Heimchen am Herd mehr belächelt werden denn je.

Warum wird das Geld für Kinderkrippen ausgegeben und nicht den emanzipierten Müttern selbst in die Hand gedrückt? Halten die Politiker uns nicht für mündig genug, selbst zu entscheiden, ob wir unser Geld für Kinderbetreuung ausgeben möchten oder uns den Luxus gönnen, unsere Kinder selbst zu erziehen?

Mit diesem „Familiengeld“ könnte zum Beispiel eine Haushaltshilfe bezahlt werden, um Freiräume für Hobbys, Ehrenämter oder anderes zu schaffen. Wenn Mütter im Beruf bleiben möchten, können sie dies tun, indem sie das „Familiengeld“ eben eigenhändig in Betreuung investieren.

Es ist sicher schwierig, allen Familien gerecht zu werden. Die Kinderbetreuungsvariante würde Familien auf dem Lande benachteiligen. Familienministerin Renate Schmidt sagte in einem Interview: „Natürlich wird in ländlich strukturierten Bundesländern . . . der Versorgungsgrad etwas niedriger sein . . . Es ist auch nicht sehr praktikabel, Kinder von morgens 5.30 Uhr bis abends 18.30 Uhr betreuen zu lassen. Das nämlich sind die Zeiten, die notwendig wären, um die Karriereleiter in Frankfurt von einem Spessartdorf aus zu erklimmen.“

Hier wäre das Elterngeld eine Alternative, eine Kombination aus beiden Komponenten eine praktikable Lösung. Aber eine Benachteiligung von sozial Schwächeren muss ausgeschlossen sein. Am besten wäre eine freie Entscheidung für alle durch Anerkennung der Mütter. □

Patricia Haun war für die Ausbildung in einer Großbank zuständig. Seit einem Jahr ist sie Hausfrau und Mutter, nebenbei auch als Tagesmutter aktiv.